



magentat

Betriebsblatt von KollegInnen für KollegInnen

Tarifabschluss Telekom – 22.000 Arbeitsplätze in Gefahr

Als die KollegInnen am 27. Juni von der Kundgebung vor dem Estrell nach Hause fuhren, klangen ihnen die Worte des Gewerkschaftsvorstandes noch in den Ohren. Die Forderungen der Bühnenredner waren z. B. die vollen 6,5 %, kein Personalabbau, sondern Einstellung bzw. Übernahme aller Azubis unbefristet, keine Gründung einer telekominternen Leiharbeitsfirma usw. **10.000 Beschäftigte der Telekom sind nicht für ein oder zwei Prozent mehr auf die Strasse gegangen, sondern gegen weiteren Personalabbau, gegen die Verleihung von KollegInnen an andere Firmen und für eine kräftige Lohnerhöhung.** Die meisten waren bereit, dafür auch noch weiter zu streiken. Das war der Grundtenor bei den DemonstrantInnen.

Nun ist sie doch da – die Mogelpackung. Der Tarifabschluss lautet: „(...) so ergibt sich in der 1. Stufe (1.5.02-31.12.02) der Entgeltanhebung eine Steigerung von 3,47 % und in der 2. Stufe eine Steigerung von 3,2 %. Auf die Gesamtlaufzeit berechnet ergibt sich ein Volumen von 3,33 %.“ Dieser Abschluss liegt voll auf der Linie der bisherigen Abschlüsse in anderen Branchen. 90 % für den Telekom-Vorstand und 3,33 % für uns. Dass ca. 5.000 KollegInnen die Fahrt per Bus nach Berlin auf sich genommen haben, zeigt dass sie sehr kampfbereit waren. Deshalb wäre mehr drin gewesen.

Die **Laufzeit beträgt unternehmerfreundliche 24 Monate**, obwohl in den meisten Gewerkschaftsgremien eine Dauer von einem Jahr eingefordert wurde.

22.000 sollen gehen

Die **Gründung einer „Vermittlungs- und Qualifizierungseinheit“ (VQE)**, womit die KollegInnen für „neue Aufgaben inner- und außerhalb des Konzerns qualifiziert“ werden sollen, bedeutet das Abschieben von KollegInnen über dieses Abstellgleis in Richtung Arbeitslosigkeit. Dafür bekommt die Telekom auch noch Zuschüsse vom Arbeitsamt. Selbst Beamte können so an andere staatliche Stellen vermittelt werden. Gleichzeitig sollen aber trotzdem **bis Ende 2004 22.000 (!) Stellen abgebaut** werden. Vielen

KollegInnen ist jetzt schon klar, dass wenn jemand in ihrem Team z. B. in den Ruhestand geht, kein neuer oder keine neue Kollege/-in kommen wird. **Der ver.di-Verhandlungsführer Rüdiger Schulze sagte dazu: „Wir müssen uns aber der Realität stellen, dass eine bestimmte Zahl von Beschäftigten zu viel an Bord ist“.** Was sind das für Gewerkschaftsfunktionäre, die mit solchen Aussagen für uns in die Verhandlungen gehen, auf welcher Seite stehen sie? Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Die Telekom ist Spitzenreiter bei der Anhäufung von Überstunden. Darunter leiden natürlich die Beschäftigten selbst und wieder die Nutzer der Telekommunikationsdienste und –produkte, weil die Beschäftigten überlastet sind. Dazu kommen die ständigen Umstrukturierungen und Umorganisationen wodurch jede/r neu lernen muss, wer für was zuständig ist.

Auszug aus dem offenen Brief von KollegInnen und Vertrauensleuten der Union-Druckerei Frankfurt/Main und der Frankfurter Rundschau zum Tarifabschluss in der Druckindustrie

„Wer solche Gewerkschaften hat, braucht keine Unternehmensverbände mehr! (...) große Sprüche, viel heiße Luft und nichts dahinter (...) Vielmehr wird nur so gewarnstreikt, (...) damit (...) der Wind aus den Segeln genommen wird. Ihr kommt (...) den Unternehmern auf halbem Weg entgegen, anstatt mit Streiks ein erheblich höheres Ergebnis zu erreichen. (...)

(Ihr) schließt einen Tag vor dem Beginn der Urabstimmung ein Ergebnis ab, das fast exakt so eine Woche vorher auf dem Tisch gelegen hat. Ihr versucht, uns dieses lächerliche Ergebnis jubelnd und mit viel Selbstbeweihräucherung als „akzeptablen Kompromiss“ zu verkaufen. Akzeptabel für wen? Für euch? Für die Unternehmer? Für die Basis, die normalen Mitglieder bestimmt nicht. (...) Uns liegt sehr viel an Gewerkschaften, aber an solchen, die wirklich ernsthaft unsere Interessen und Rechte vertreten, erkämpfen und verteidigen. – ohne (...) Klüngel mit Unternehmen und Politik. Für solche Gewerkschaften werden wir uns in Zukunft einsetzen.“

Der Brief kann in seiner vollen Länge im labournet unter www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarif02/ft-verdi.html abgerufen werden.

Der Abschluss für die Auszubildenen wird als glatter Erfolg dargestellt. Gut ist, dass sie zusätzlich zu der Erhöhung um 3,2 % ab Juli 2002 **Einmalzahlungen** in Höhe von 3,1 % bekommen. Dieser Erfolg ist auf die massiven Aktionen der Azubis zurückzuführen, die vielerorts die Warnstreiks der KollegInnen belebt haben. Aber die niedrigen Prozente wiegen bei einer Ausbildungsvergütung noch weniger.

Bisher wurden Auszubildene nachdem sie ausgelernt haben unbefristet irgendwo in der Republik übernommen. Zukünftig werden sie zwar in der Ausbildungsregion, aber nur **für 12 Monate in die VQE eingestellt**, sie bekommen als ausgebildete FacharbeiterInnen dort nur ein **Einstiegsgehalt von T1**, Gruppenstufe 2 (= 1.725,00 € brutto). **Danach soll maximal noch jede/-r zweite auf einen Arbeitsplatz vermittelt werden.** Die Telekom hat nun also immer für ein Jahr billige qualifizierte Kräfte, wovon sie mind. die Hälfte mühelos abschieben kann.

Der Erhalt der bisherigen Ausbildungsquote von 4.000 pro Jahr klingt gut. Doch das bezieht die max. 300 StudentInnen bei der Telekom mit ein, also eine Absenkung der bisherigen Ausbildungsquote.

Wir müssen uns bei der Telekom und allen anderen Betrieben von unten zusammenschließen, um Druck auf die Gewerkschaftsführung aufzubauen; selbst Initiativen für die Verteidigung unserer Interessen ergreifen, um Co-Management von Gewerkschaftsfunktionären zu verhindern. Wenn wir Funktionären wie Bsirske und Schulze die Politik der Gewerkschaft überlassen, wird uns weiter das Fell über die Ohren gezogen.

Wir brauchen Eure Meinungen, Artikel, Beiträge etc. Ruft uns an!

Impressum:

Herausgegeben von KollegInnen der Deutschen Telekom AG, T-Com, Geschäftskunden- und Serviceniederlassung Berlin und der De Te CSM GmbH und ver.di Mitgliedern

Unterstützt vom



V.i.S.d.P.: H. Dröge, c/o A. Amm, Danziger Str. 127, 10405 Berlin, Tel: (01 79) 6 63 88 11, email: netzwerk_kdoetv@gmx.de

Was wir wollen

Die Beschäftigten bei der Telekom haben mit ihren Warnstreiks gezeigt, dass sie kämpfen wollen. Dennoch war die Gewerkschaftsführung von ver.di nicht bereit, den Unmut und Protest der KollegInnen weiterzuführen und durch einen Vollstreik wirklichen Druck auf den Arbeitgeber auszuüben. So hätten die Verschlechterungen wie Flexibilisierung und Personalabbau verhindert werden können. Die Gewerkschaftsführung hat - wie auch bei den letzten Tarifabschlüssen - gezeigt, dass sie weit entfernt davon ist, unsere Forderungen umzusetzen. Mit ihren Spitzgehältern - die sie sich gerade gegen den Willen der Mitgliedschaft kräftig erhöht haben - leben sie sowieso völlig abgehoben von ihren Basismitgliedern.

Wir brauchen eine kämpferische Gewerkschaft, die ihre Entscheidungen demokratisch trifft. Tarifabschlüsse bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der Beschäftigten. Kämpferisch heißt, sich mit den Bossen anzulegen und soviel wie möglich rauszuholen. **Nur durch gemeinsam organisierte Arbeitskämpfe aller Beschäftigten, die sich in Verhandlungen befinden (in diesem Jahr z.B. Kita, Bau, Banken, Versicherungen, Einzelhandel, Post, Druck und Chemie) können Gewerkschaften ihre Forderungen durchsetzen.**

Wir sind KollegInnen bei der Telekom und KollegInnen aus anderen ver.di-Fachbereichen organisiert im Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di. **Es ist notwendig, eine starke Opposition in den Gewerkschaften aufzubauen, um sie in die Offensive zu bringen und zu dem zu machen, wozu sie einst gegründet wurden - zu Kampforganisationen der arbeitenden Menschen.** Die Skandale der letzten Wochen in der Telekommunikationsbranche wie bei Worldcom und die Überbewertung von Immobilien bei der Telekom zeigen, dass man es nicht akzeptieren kann, dass private Unternehmer und der Casino-Kapitalismus einstige staatliche Unternehmen in profitable Bereiche aufteilen, mit allen Mitteln ausquetschen, um sie dann schließlich fallen zu lassen. Deshalb sollten Privatisierungen wieder zurückgenommen werden, die gesamte Branche in öffentliches Eigentum überführt werden. Durch demokratische Kontrolle der Beschäftigten und Nutzer kann garantiert werden, dass sich die Produktion am Bedarf der Mehrheit der Bevölkerung orientiert und nicht an der Profitgier einiger weniger.